



# INFODIENST

## Neues aus Landespolitik und Liga

### INHALT

### SEITE

<b>LANDESPOLITIK UND LIGA</b> .....	<b>3</b>
Glückwünsche zum Dienstantritt der Verbandsdirektorin KVJS .....	3
Liga-Vorstand und Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Integration des Landtags .....	3
5. Aufruf zur Interessenbekundung rückenwind+ .....	4
Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag: Liga-Vorsitzender Reinhold Schimkowski wurde 65 Jahre .....	5
<b>AWO</b> .....	<b>5</b>
<b>DRK</b> .....	<b>5</b>
<b>DER PARITÄTISCHE</b> .....	<b>5</b>
Zumeldung zur Landespressekonferenz am 05.04.2018 zum demographischen Wandel .....	5
<b>DIAKONIE BADEN</b> .....	<b>6</b>
Jetzt bewerben: Sozionauten – das Förderprogramm für soziale Innovation .....	6
Diakonie Journalistenpreis 2018 - Einsendeschluss am 30. April .....	7
<b>DIAKONIE WÜRTTEMBERG</b> .....	<b>7</b>
Hartz-IV-Empfänger: von der Arbeitsmarktentwicklung zurückgelassen .....	7
Woche für das Leben vom 14. – 21. April 2018 mit Schwerpunkt Pränataldiagnostik .....	8
Gegen genetischen Bluttest als Kassenleistung .....	8
Diakonie gibt der Pflegepolitik deutlichen Anstoß: 7 Thesen zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Pflege .....	9
<b>CARITAS ROTTENBURG-STUTT GART</b> .....	<b>10</b>
<b>CARITAS FREIBURG</b> .....	<b>10</b>
<b>NOTIZEN</b> .....	<b>10</b>

**TERMINE** ..... 11

Liga-Trägertagung BTHG (4) .....11

Landestagung 2018 - Beständigkeit durch Wandel - 40 Jahre Landesstelle für Suchtfragen.....11

## LANDESPOLITIK UND LIGA

### Glückwünsche zum Dienstantritt der Verbandsdirektorin KVJS

Der Ligavorsitzende, Reinhold Schimkowski, gratuliert Kristin Schwarz, die am 1.4.18. ihr neues Amt als Verbandsdirektorin des KVJS angetreten hat.

Frau Schwarz folgt auf Roland Klinger, der Ende März 2018 in den Ruhestand getreten und beim KVJS ausgeschieden ist. Frau Schwarz führt auf der Homepage des KVJS Themen auf, die auch für die Ligaverbände von Relevanz sind, so z.B. die Integration von Flüchtlingen, die Entwicklung inklusiver Gemeinwesen und die Bedürfnisse alter und pflegebedürftiger Menschen. Der Vorstand und insb. der geschäftsführende Vorstand der Liga möchte den Austausch mit dem KVJS fortsetzen und fragt um einen Antrittsbesuch an.

### Liga-Vorstand und Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Integration des Landtags



Liga-Vorstand und Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Integration des Landtags.

Mitte April kamen Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Integration und der Vorstand der Liga zu einem fachlichen Austausch zusammen. Die Liga hatte ins Restaurant Tempus neben dem Haus der Abgeordneten eingeladen, - das Restaurant wird betrieben von der sbr – Gemeinnützige Gesellschaft für Schulung und berufliche Rehabilitation. Von der Liga waren die Mitglieder des Vorstands fast vollzählig anwesend. Annähernd die Hälfte der Mitglieder des Sozialausschusses hatten die Einladung angenommen. Außer Rainer Hinderer SPD (Vorsitzender) und Ulli Hockenberger (stv. Vorsitzender) waren Josha Frey und Thomas Poreski von den Grünen, Klaus Martin Burger, Sabine Hartmann-Müller und Christine Neumann-Martin von der CDU und Sabine Wölfler von der SPD gekommen. Die Abgeordneten der FDP waren verhindert und hatten sich mit vielen Grüßen entschuldigt. Auf der Tagesordnung stand der Austausch über den derzeitigen Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und Aktuelles zum Landespflegestrukturgesetz. Frau Armbruster DWW, Frau Dr. Holscha-Uhlenbrock DiCV R/S und Frau Vogt-Wuchter als neue Vorsitzende des Ausschusses Alter und Gesundheit waren Berichterstatter für die Liga. Die Beiträge wurden intensiv diskutiert und viele Rückfragen und Anregungen der Abgeordneten auf- und mitgenommen. Ein zweites Treffen ist für den Oktober 2018 geplant. Voraussichtlich wird der Themenkomplex „Wohnen und Wohnungsnot“ erörtert. Die Referate zum BTHG finden Sie in Kürze auf unserer homepage.

Den Beitrag zum Landespflegestrukturgesetz können Sie hier herunterladen: [PDF zum Download](#)

## [5. Aufruf zur Interessenbekundung rückenwind+](#)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat im Rahmen des ESF-Förderprogramms „rückenwind – Für die Beschäftigten und Unternehmen in der Sozialwirtschaft“ (rückenwind+) weitere neun Millionen Euro zur Förderung der Personal- und Organisationsentwicklung in sozialwirtschaftlichen Organisationen und Unternehmen bewilligt.

Für eine Projektförderung bewerben können sich freigemeinnützige Träger im gesamten Bundesgebiet, die einem der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege angehören, sowie sonstige gemeinnützige Träger, die in der Sozialwirtschaft aktiv sind.

Der 5. Aufruf unterliegt keiner thematischen Schwerpunktsetzung. Es gelten die Förderbedingungen der Richtlinie rückenwind+.

Wir möchten Sie bitten, diese Information in Ihrem Arbeitsumfeld zu streuen und an potentiell antragsberechtigte Träger weiterzuleiten.

Voraussichtlich ab 16.07.2018 wird das Interessenbekundungsformular im Online-Tool ZUWES zur Verfügung stehen. Frist zur Einreichung von Interessenbekundungen in ZUWES ist der 21.09.2018.

Ausführliche Informationen zum Förderaufruf und zum Interessenbekundungsverfahren erhalten Sie unter <http://www.bagfw-esf.de>

Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen der ESF-Regiestelle in der BAGFW (Frau Wegner, Tel. 030/24089-123; [bettina.wegner@bag-wohlfahrt.de](mailto:bettina.wegner@bag-wohlfahrt.de); Frau Gutscher, Tel. 030 24089-120; [sarah.gutscher@bag-wohlfahrt.de](mailto:sarah.gutscher@bag-wohlfahrt.de)) gerne zur Verfügung.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag:  
Liga-Vorsitzender Reinhold Schimkowski wurde 65 Jahre



Anfang April durfte Reinhold Schimkowski von der AWO Baden-Württemberg seinen 65sten Geburtstag begehen. Mathea Schneider, seine Stellvertreterin im Liga-Vorstand gratulierte ihm anlässlich der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands und überreichte ein Präsent.

AWO

DRK

DER PARITÄTISCHE

Zumeldung zur Landespressekonferenz am 05.04.2018 zum demographischen Wandel

Stuttgart 05.04.2018 Anlässlich der Landespressekonferenz des Demografie-Beauftragten des Landes, Thaddäus Kunzmann, zum demografischen Wandel äußert sich Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Baden-Württemberg:

„Wir begrüßen es, dass der Demografie-Beauftragte des Landes, Thaddäus Kunzmann, eine „sorgende Gemeinschaft“ als einen Weg sieht, ergänzende Hilfen neben der Pflege zu entwickeln. Ehrenamtsnetzwerke und nachbarschaftliche Hilfen sind ein wesentliches Element bei der Umsetzung inklusiver, generationengerechter Quartierskonzepte mit sozialraumorientierten Hilfsstrukturen“, betont Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg.

„Quartiersentwicklung ist eine gemeinschaftliche Gestaltungsaufgabe für alle gesellschaftlich und politisch Verantwortlichen im Land“, so Wolfgramm weiter, „bei der die Freie Wohlfahrtspflege eine zentrale Rolle spielen muss.“

„Um eine bessere und hinreichende Datenbasis zu schaffen und politische Entscheidungen auf verlässlicherer empirischer Grundlage zu ermöglichen, fordern wir vom Land die Einführung eines Infrastruktur-Monitorings im Landespflegegesetz. Diese Bestands- und Bedarfsanalysen müssen bezogen auf Sozialräume sowie für weitere relevante Planungsräume wie Städte, Kreise und Regionen erfolgen“, ergänzt die Vorstandsvorsitzende.

Die Politik müsse künftig im Rahmen einer integrativen kooperativen Sozialplanung eine gleichmäßige und flächendeckende Entwicklung von Hilfestrukturen fördern und strukturell im landesrechtlichen Rahmen verankern.

## DIAKONIE BADEN

### [Jetzt bewerben: Sozionauten – das Förderprogramm für soziale Innovation](#)

Unsere Gesellschaft ist einem beständigen Wandel unterworfen und wird immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Dabei verändern sich nicht nur politische und strukturelle Rahmenbedingungen, sondern auch die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen.

Soziale Innovation ist dabei ein Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Darunter verstehen wir die Entwicklung kreativer Ideen und neuer Angebote für und mit Menschen. Neben Mut und Ideen erfordert es neues Know-how und Methoden um soziale Innovation zeitnah und erfolgreich zu entwickeln und umzusetzen.

Unser Sozionauten-Förderprogramm begleitet und fördert deshalb Social Startups und sozialunternehmerische Projekte dabei, mit ihren Angeboten auf gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren und diese möglichst nah am Bedarf der Nutzer\*innen auszurichten. In Zukunft begleiten wir nicht nur mit unserem Knowhow, sondern bieten zudem ein kostenfreies Co-Working im Social Innovation Lab im Freiburger Kreativpark Lokhalle an.

#### **Wir suchen innovative Zukunftskonzepte!**

Unser Sozionauten-Förderprogramm geht in die zweite Runde: Ab sofort können sich sozialunternehmerische Projekte in der Anfangsphase darauf bewerben. Sowohl Projekte von wohlfahrtstaatlichen Organisationen, Vereinen oder Social Startups sind willkommen.

Die Jury entscheidet bis zum 15. Mai 2018 über die Teilnehmenden des SozionautenProgramms 2018/2019.

[Mehr Informationen ...](#)

## Diakonie Journalistenpreis 2018 - Einsendeschluss am 30. April

Am 30. April ist Einsendeschluss für den Journalistenpreis der Diakonie in Baden-Württemberg. Bis dahin können noch Beiträge aus den Bereichen Print, Hörfunk (kurz/lang) und Fernsehen eingesendet werden. Darüber hinaus ist es in diesem Jahr erneut möglich, Beiträge aus dem Bereich Online-Publikationen einzureichen.

Die Diakonie Baden-Württemberg zeichnet zum 16. Mal Autorinnen und Autoren aus für herausragende journalistische Leistungen in der Berichterstattung über soziale Themen. Insgesamt geht es um Preisgelder in Höhe von 12.500 Euro. Der Diakonie Journalistenpreis ist somit einer der großen Preise für sozialpolitische Berichterstattung in Deutschland.

Eine Jury, bestehend aus namhaften Journalisten, Medienwissenschaftlern und Sozialexperten, bewertet die Beiträge.

Die Preisverleihung findet am 15. November 2018 in Karlsruhe statt.

Weitere Informationen sowie die ausführlichen Teilnahmebedingungen finden Sie unter <http://www.journalistenpreis-diakonie.de>

Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Bewerbung rechtzeitig zukommen lassen.

## DIAKONIE WÜRTTEMBERG

### Hartz-IV-Empfänger: von der Arbeitsmarktentwicklung zurückgelassen

Diakonie Württemberg fordert Debatte um die Ausrichtung der Grundsicherung  
Im Koalitionsvertrag versprochene Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bleibt bisher aus

Trotz sinkender Arbeitslosigkeit geht die Zahl der Menschen, die von den Hartz-IV- Leistungen leben müssen, kaum zurück. In Baden-Württemberg sind insgesamt 460.112 Personen auf die Unterstützung angewiesen – 325.235 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 134.877 weitere Angehörige. Deren Lebenslage hat sich verschlechtert. „Wir fordern eine grundlegende und kritische Debatte um die Ausrichtung der Grundsicherung. Ziel muss sein, Menschen soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart, 29. März 2018. Zwar sind die Regelsätze zum 1. Januar um 7 Euro oder 1,7 Prozent angehoben worden. Tatsächlich muss der größte Teil dieser Unterstützungsleistung aber für Lebensmittel ausgegeben werden und deren Preise sind laut der aktuellen Meldung des Statistischen Landesamtes um 3,7 Prozent gestiegen.

Hintergrund: Die Diakonie hat in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass die Leistungen des SGB II (Hartz IV) vollkommen unzureichend sind. Als der Gesetzgeber Ende 2016 die Regelbedarfe grundlegend neu ermittelt und festgelegt hat, hat die Diakonie Deutschland diese Neuberechnung wissenschaftlich überprüfen lassen. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die Regelsätze der Grundsicherungsleistungen

zur Sicherstellung der alltäglichen Bedarfe für Erwachsene um bis zu 150 Euro und für Kinder und Jugendliche um 40 bis 80 Euro zu niedrig ausfallen. Von den Bedarfen, die durch die statistisch erfassten Verbrauchsgewohnheiten der unteren Einkommensgruppen belegt sind (vgl. Gutachten Irene Becker) wurden willkürlich bestimmte Teile gestrichen. So werden Hartz-IV-Empfängern weder Zigaretten noch ein Feierabendbier, weder Restaurant- noch Cafébesuche zugestanden. Weder Blumenschmuck in der Wohnung noch einfache Reisen gehören zum anerkannten Bedarf. Ein eigenes Auto gehört sowieso nicht zum Bedarf, aber auch die Regelsatzanteile für öffentliche Verkehrsmittel passen nicht zu den tatsächlichen Kosten von Bussen und Bahnen. Diese Grundproblematik zwingt die Grundsicherungsempfänger immer wieder dazu, für einmalige Bedarfe (von der Bekleidung bis zu Haushaltsgeräten und Möbeln) Darlehen bei den Jobcenter zu beantragen, weil ihnen die Rücklagen nicht möglich sind, die sie von den zu knappen Regelsätzen eigentlich bilden sollten. Diese Darlehen müssen dann mit 10 Prozent der Regelleistungen getilgt werden, so dass sie zusätzlich unter die Grundsicherungsgrenzen gedrängt werden.

Hinzu kommt, dass in vielen Fällen die Jobcenter nicht die vollständigen Kosten der Unterkunft übernehmen, die zusätzlich zu den Regelleistungen gezahlt werden, so dass es immer häufiger vorkommt, dass Hartz-IV-Empfänger Anteile ihrer Mietkosten aus den Regelleistungen bestreiten müssen. Fachleute schätzen, dass dies im Durchschnitt eine Belastung von bis zu 20 Euro pro Bedarfsgemeinschaft ausmacht.

[Weiter lesen ...](#)

## [Woche für das Leben vom 14. – 21. April 2018 mit Schwerpunkt Pränataldiagnostik](#)

„Kinderwunsch. Wunschkind. Unser Kind!“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vorgeburtliche Untersuchungen haben sich vom Angebot für einzelne Familien in bestimmten Konstellationen hin zur Normalität in der Schwangerenvorsorge entwickelt. Mit dem genetischen Bluttest, der womöglich bald von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt wird, hat dies eine neue Dimension erreicht. Weitgehend nicht bedacht sind die Folgen, sowohl für Schwangere und ihre Partner wie auch für die Gesellschaft, wenn diese diagnostischen Verfahren in Anspruch genommen werden.

„Kinderwunsch. Wunschkind. Unser Kind!“ – so lautet das Motto der „Woche für das Leben“ 2018. Die ökumenische Aktion findet bundesweit vom 14. bis 21. April 2018 statt. Im Mittelpunkt der Themenwoche stehen die Möglichkeiten vorgeburtlicher Untersuchungen.

## [Gegen genetischen Bluttest als Kassenleistung](#)

Auf die Folgen der Ausweitung vorgeburtlicher Untersuchungen haben die beiden Bischöfe Frank Otfried July und Gebhard Fürst anlässlich der Woche für das Leben 2018 hingewiesen. Wenn der genetische Bluttest wie aktuell diskutiert von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert werde, könne das viele werdende Eltern vor große Entscheidungsnöte stellen, warnten sie vor Journalisten am Montag (16. April) in Stuttgart. Sie riefen dazu auf, für Menschen mit Behinderungen gute Lebensbedingungen zu schaffen statt Behinderung vermeiden zu wollen.



Stuttgart, 16. April 2018. Pränataldiagnostik (PND) sei ein beinahe unausweichliches Angebot in der Schwangerschaftsvorsorge geworden, sagte der württembergische Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July. Begründen müsse man inzwischen eher ein „Nein“ zur PND. „Wir sehen mit Sorge, wie sich die gezielte Suche nach Behinderungen und Krankheiten beim ungeborenen Kind als eine Normalität etabliert hat, die werdende Eltern unter Druck setzt und sie in unerträgliche Entscheidungskonflikte stellen kann.“ Es gebe eine verantwortungsvolle Schwangerschaft auch mit dem „Recht auf Nichtwissen“.

Die ethische Brisanz vorgeburtlicher Diagnostik zeigte der evangelische Landesbischof anhand des genetischen Bluttests auf Trisomie 21 und weitere genetische Besonderheiten auf. Von den Pharmafirmen werde er als risikoloser Test beworben, der werdenden Eltern mit einer mütterlichen Blutprobe bereits in der frühen Schwangerschaft Sicherheit und Gewissheit verspricht. „Tatsächlich ist es ein ausschließlich selektiver Test, der keinerlei therapeutisches Potenzial hat. Wir warnen deshalb vor der Aufnahme des genetischen Bluttests in den Leistungskatalog der Krankenkassen.“ Eine Kostenerstattung begünstige eine Ausbreitung des Verfahrens und es sei zu befürchten, dass sich dieser Test in absehbarer Zeit zu einem Screening auf Trisomie 21 ausweitere. Dies erhöhe den Erwartungsdruck auf Eltern, ihn zu nutzen und bei einem auffälligen Befund die entsprechende Konsequenz zu ziehen. Heute schon entscheiden sich nach Auskunft der Ärzte neun von zehn Paare mit der Diagnose Trisomie 21 für einen Abbruch. „Menschen mit Behinderung fühlen sich durch diese Entwicklung in ihrer Existenz in Frage gestellt“, stellte July fest.

[Weiter lesen ...](#)

## Diakonie gibt der Pflegepolitik deutlichen Anstoß: 7 Thesen zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Pflege

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Not mit dem Personalmangel und der Ruf nach ausländischen Pflegekräften, zu wenige Plätze in der Kurzzeitpflege, die finanzielle Situation in der Pflege und die Mahnung nach einer Reform der Pflegeversicherung – die Pflegelandschaft muss neu gestaltet werden.

Das fordert die Diakonie Württemberg im Vorfeld der „Woche der Pflege“ vom 7. bis 12. Mai 2018.

Flexible Strukturen und eine andere Finanzierung der Angebote sind zwei Aspekte zur Neustrukturierung, die die Diakonie Württemberg dringend fordert. Als Anbieterin von 18.000 stationären und teilstationären Pflegeplätzen und jährlich rund 20.000 ambulant versorgten Menschen ist die Diakonie in Württemberg erfahren und kompetent – und von gesetzlichen Regelungen maßgeblich betroffen. Als Grundlage für einen Diskurs über Bedingungen für eine zukunftsfähige Pflege legt das Diakonische Werk Württemberg das Positionspapier „7 Thesen zur Pflege mit Zukunft“ vor.

Wir stellen Ihnen die Thesen vor, kommentieren Aussagen zur Pflege in der Koalitionsvereinbarung und berichten konkret von der Pflege vor Ort am:

**Mittwoch, 2. Mai 2018, um 11 Uhr**

Diakonisches Werk Württemberg

Achtung: Interimsquartier, Neckarstr. 207 (direkt an der U-Bahn-Haltestelle Metzstraße) 70190 Stuttgart

Ihre Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner:

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg (DWW)

Eva Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik, DWW

Claudia Degler, Heimleitung und stv. Geschäftsführerin Evangelischer Verein Stuttgart-Bad Cannstatt

Martina Zoll, Geschäftsführerin Diakoniestation, Weissacher Tal, Weissach im Tal

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

CARITAS FREIBURG

NOTIZEN

## TERMINE

### [Liga-Trägertagung BTHG \(4\)](#)

zur Information und zum Austausch über die Umsetzungen zum BTHG in Baden-Württemberg

**Donnerstag, 7. Juni 2018 von 14:00 - 18:00 Uhr**

Königstraße 7, 70173 Stuttgart

### [Landestagung 2018 - Beständigkeit durch Wandel - 40 Jahre Landesstelle für Suchtfragen](#)

**Mittwoch, 4. Juli 2018 von 10:00 - 17:00 Uhr**

Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart

[Details als PDF](#)

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: [infodienst@liga-bw.de](mailto:infodienst@liga-bw.de) | [www.liga-bw.de](http://www.liga-bw.de)

### Redaktion:

Eva Weiser M.A.